

## BUCHBESPRECHUNGEN

### TAGUNGSBERICHTE — JAHRBÜCHER BROSCHÜREN

Wieder — wie seit 1948 jährlich — legt die *Arbeiterwohlfahrt* ihr Jahrbuch — diesmal von 1959 — vor, in dem Berichte über Konferenzen, über die Zusammenarbeit mit ausländischen Organisationen, über Gegenwartsfragen, die ein freier Wohlfahrtsverband zu behandeln hat und über die praktische Tätigkeit aus seinen Arbeitsgebieten enthalten sind. Diesem Jahrbuch kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil es zum vierzigjährigen Bestehen der AW eine gewisse Generalübersicht des Gewesenen und einen Ausblick in die Zukunft gibt, in der man „nur mit den modernen Mitteln einer auf die Wirklichkeit bezogenen Sozialpolitik dem inneren Anspruch gerecht werden kann, den ihre Gründer im Jahre 1919 als verbindlich ansahen und von dem wir nichts abzustreichen haben“. Diese Worte des AW-Vorsitzenden *Heinrich Albertz* sind — so möchten wir aus den Berichten im Jahrbuch schließen — nicht nur als Geleitwort dieser Publikation, sondern als

Motto der gesamten Arbeit der Arbeiterwohlfahrt gedacht.

Der *Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften* legt sein Jahrbuch 1960 (46. Jahrgang) vor. Es berichtet eingehend über Tätigkeit und Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung und des Internationalen Genossenschaftsbundes im Jahre 1960. Abschließend bietet der 140 S. starke Band eine Bibliographie des Genossenschaftswesens.

Seit im Oktober 1928 der Band „Deutsche Sozialpolitik 1918 — 1928“ als Erinnerungsschrift des *Reichsarbeitsministeriums* erschienen ist, hat diese Verwaltung über ihre Tätigkeit — sei es als Rechenschaftsbericht oder Bestandsaufnahme — nichts veröffentlicht. Jetzt — mehr als zehn Jahre nach dem Neubeginn in der Bundesrepublik — tritt das *Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung* mit einer Publikation vor die Öffentlichkeit, die einen Überblick in Einzeldarstellungen geben und das Bedürfnis nach umfassender Information befriedigen will. In 50 Monographien werden die Aufgaben und Tätigkeitsbereiche durch Mitarbeiter des Ministeriums beschrieben; ein Ergänzungsband „Sozialpolitik in Zahlen“ und eine Einfüh-

rung in das Sammelwerk werden die Klammern dieser „Sozialpolitik in Deutschland“ bilden. Bisher sind (im *Kohlhammer-Verlag*, Stuttgart) erschienen: Die Arbeitsvermittlung (Nr. 3) — Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe (Nr. 11) — Arbeitnehmererfindungen und ihre Vergütung (Nr. 15) — Wehrpflicht und Arbeitsplatz (Nr. 17) — Tarifvertragswesen und Tarifrecht (Nr. 19) — Schlichtungswesen und Arbeitskämpfe (Nr. 20) — Die Arbeitsgerichtsbarkeit (Nr. 24) — Die Kriegsofferversorgung (Nr. 42). Wir behalten uns eine ausführliche Besprechung vor, wenn das Gesamtwerk vorliegt.

„*Freizeit ist Freiheit — Sport macht sie schöner*“ heißt eine 55 S. starke Broschüre, die der DGB Landesbezirk Nordrhein-Westfalen herausgegeben hat. Sie enthält die Vorträge, die Willi Weyer, Ministerpräsident Dr. Franz Meyers, Prof. Dr. Gunther Lehmann, Prof. Dr. h. c. Diem und Wilhelm Haferkamp auf einer Tagung gehalten haben, die der Landessportbund Nordrhein-Westfalen und der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen am 18. Januar 1961 gemeinsam in Duisburg durchgeführt haben, um auf die gesundheitlichen Gefahren der industriellen Arbeitswelt und auf den vom Sport ausgehenden gesundheitsfördernden Ausgleich hinzuweisen.

„Probleme der Vermögensbildung“, ein Vortrag, den Dr. *Heinrich Deist*, MdB, am 21. März 1961 im Institut für Sozialpolitik und Arbeitsrecht in München gehalten hat, ist in der von diesem Institut publizierten Schriftenreihe „Kleine Schriften zur Sozialpolitik und zum Arbeitsrecht“ (4. Folge, Heft 4) als Broschüre (30 S.) erschienen.

„*Willy Brandt — Schicksalsweg eines deutschen Politikers*“ heißt eine Schrift (72 S., brosch. 1,95 DM) von *Jan Peter Berkandt*, die in der Reihe „Hefte zum Zeitgeschehen“ (Verlag für Literatur und Zeitgeschehen GmbH, Hannover) rechtzeitig vor dem 17. September erschienen ist.

„Geographie — Geschichte — Pädagogik“ ist der Titel einer Festschrift (258 S.), die Fritz Wenzel zum 60. Geburtstag des Pädagogen *Walther Maas* herausgegeben hat (Verlag Erich Goltze KG, Göttingen 1961). Sie enthält Aufsätze von Wolf Abendroth, Ernst Bahr, Georg Eckert, Heinrich Rodenstein, Johannes Gerhard Wiese u. v. a.

Der Vortrag „Die geschichtliche Aufgabe der Gewerkschaften in unserer Zeit“, den *Walter Dirks* am 28. Juni 1961 auf dem 4. Gewerkschaftstag der ÖTV in Berlin gehalten hat, ist vom Hauptvorstand dieser Gewerkschaft als Broschüre (40 S.) veröffentlicht worden.

A. Z./W. F.

## DIE ALTERNATIVE ODER BRAUCHEN WIR EINE NEUE REGIERUNG?

Herausgegeben von Martin Walser. Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek bei Hamburg, veröffentlicht im August 1961. 158 S., brosch. 1,90 DM.

*Franz Schonauer*, der uns in seiner „Deutschen Literatur im Dritten Reich“ das Bild eines Typs des „inneren Emigranten“ malt, der eigentlich dagegen war, aber durch seine Literatur der „deutschen Innerlichkeit“ dazu beitrug, die Reste der Bürgerlichkeit einzulullen mit Hilfe von Bildern einer angeblich heilen Innenwelt, ist einer der Autoren dieses Buches, das alles andere als der friedliche Wahlauf Ruf einiger Schöngeister ist.

Im Deutschland der Jahre vor 1848 war die Bezeichnung „Literat“ kein Schimpfwort, weil der Schriftsteller und Dichter, der sich politisch engagierte und seine Feder in den Dienst dieses Engagements stellte, nicht als eine unerlaubte Mutation des „eigentlich“ für die Pflege biedermeierlicher Gemütsstiefe durch schöne Worte zuständigen „Kulturträgers“ angesehen wurde. Dazu wurde er im Nachmärz degradiert, und später merkte er dann nicht einmal mehr, wie ihn die Reaktion vor ihren Karren spannte.

Heute ist der „Literat“ immer noch verpönt. Er ist nicht das Gewissen der Nation, weil wir weder ein dem Menschen und der Menschheit sich verpflichtet fühlendes Gewissen haben noch eine Nation sind. Und um dieses Gewissen muß es dem Literaten immer gehen und geht es auch diesen zwanzig Autoren, die versuchen, den Deutschen ihr geliebtes Untertanendasein zu verleiden.

Wenn es das Fazit dieses Buches auch ist, die Deutschen zu beschwören, die SPD zu wählen, so doch ganz gewiß nicht deshalb, weil etwa *Martin Walser*, *Hans-Magnus Enzensberger*, *Wolfdietrich Schnurre*, *Gerhard Hirschauer*, *Siegfried Lenz*, *Gerhard Schoenberger*, *Ilse Aicher-Scholl* oder *Erich Kuby* Sozialdemokraten sind und daher für ihre Partei Wählerstimmen sammeln wollen: Vielmehr wollen sie den bundesrepublikanischen Wähler davon überzeugen, daß, ganz gleich welche Partei regiert, 12 Jahre genug sind, daß es ferner nicht mehr um *Adenauer* geht, sondern darum, daß *Franz-Josef Strauß* mit einem erneuten Wahlsieg der CDU/CSU „an die Macht kommen würde“ (kein anderer Slogan könnte dieses Ereignis richtiger bezeichnen), wenn auch u. U. erst nach einem Kanzler *Erhard*. „Wenn Strauß Kanzler wird“, schreibt *Schoenberger*, „ist es wieder einmal Zeit zu emigrieren.“ Und *Siegfried Lenz* begründet sein Nein zu einer neuen CDU/CSU-Regierung damit, daß in einer Fotowerbung für die Bundeswehr deutsche Fallschirmjäger bei der Eroberung Rotterdams und der Befreiung Mussolinis, „eines befreundeten Staatsmannes“, gezeigt werden. „Der Verteidigungs-

minister der CDU/CSU geriet nicht außer sich“, sagt Lenz und fragt zu Recht, „wem sich die Bundeswehr heute wirklich befreun, det fühlt und in welchen Aktionen sie ihren Stolz fände?“ *Martin Walser* formuliert sehr viel drastischer: „Ich habe die Wahl zwischen dem Gefühl, daß es zum Kotzen ist und der Gänsehaut. Ich entscheide mich für das erstere! Ich weiß doch: wenn ich dagegen bin, schmeißt keiner eine Atombombe. Das nimmt keiner auf seine Kappe. Bloß, dem Alpdruck (Franz Josef Strauß) traue ich eher zu, daß ihm eine heilige Mission den Verstand mit Wetterleuchten hell macht, und ... dann muß es eben sein, dann ist es zumindest möglich. Schau ich dagegen den nüchtern-düsteren *Erlor* an, der aussieht, als hätte er jeden Morgen schon vor dem Frühstück auf Granit gebissen: Das ist ein Mann, sage ich mir, der seine Rechtfertigungen auf der Erde suchen muß, der ist eine Hoffnung wert.“

Und dieses „die Rechtfertigungen auf der Erde Suchen“, das versuchen alle zwanzig Autoren dem Wähler als das ausschlaggebende Argument für seine Wahl am 17. September klarzumachen. „Neben ausübenden Katholiken stehen in diesem Band erklärte Atheisten, und neben Publizisten, die Hitlers Feldzüge mitmachen mußten, junge Schriftsteller, deren Erfahrung sich auf die Nachkriegswelt begrenzt“, lesen wir in der Einleitung des Buches. Sie alle eint die Einsicht in die Realität dieses Staatswesens und diese Einsicht erfüllt sie mit Unbehagen.

Aber ist die SPD angetan, dieses Unbehagen zu beseitigen, ist sie die Alternative? Selbst wenn die SPD uns glauben machen möchte, sie wolle dasselbe wie die CDU/CSU, nur wolle sie das ehrlicher, müßten wir sie wählen, weil wir sie nur so zwingen können, Alternative zu werden, rufen die Zwanzig uns zu. Keiner von ihnen spart damit, die Fehler der SPD aufzuzählen, von denen sie das Einschwenken in der Atomfrage, den vulgären Antikommunismus, ihre „jüngste erstaunliche Wandlungsfähigkeit“, wie *Ilse Aicher-Scholl* und *Oil Aicher* es nennen, als die schlimmsten bezeichnen. Aber „es ist das kleinere Übel, zu dem ich mich gezwungenermaßen bekenne“, so *Wolfdietrich Schnurre*.

Die Wege, auf denen diese Schriftsteller zu der Entscheidung gelangen, die SPD zu wählen, sind so verschieden, wie sie selbst verschieden sind. Ihre gemeinsamen Befürchtungen bringen sie dahin, „weil es sonst in wenigen Jahren keine Opposition mehr geben wird und die Demokratie aus innerer Lebensschwäche zu bestehen aufhört“. Diese Worte Schoenberners sind der Tenor aller Beiträge.

Dieses Buch gibt Hoffnung, weil es zeigt, daß wenigstens einige deutsche Literaten aus der Vergangenheit gelernt haben. Vielleicht tun es ihnen einige Bürger nach.

*Annemarie Zimmermann*

U./T. SCHELLER

#### DER JUGEND EINE ANTWORT

Beiträge zur Demokratie. Verlag für Literatur und Zeitgeschichte GmbH, Hannover 1961. 46 S., kart. 2,80 DM.

Der Anlaß zu dieser Broschüre liegt schon ein wenig zurück: Als letztes Jahr Adenauer und Schäffer verfassungswidrig ein „Deutschland-Fernsehen“ begründen wollten, veröffentlichten 33 deutsche Schriftsteller eine Erklärung, in der sie sich verpflichteten, an diesem Sender nicht mitzuarbeiten. Darauf beschuldigte man sie (wen wundert das noch?), Kommunisten zu sein. Zwei junge Menschen wunderten sich trotzdem; sie wandten sich an den Verleumder — aber natürlich bekamen sie keine Antwort. Darauf schrieben sie an die beschuldigten Schriftsteller; was Hans Werner Richter, Hans Magnus Enzensberger, Paul Schallück, Herbert Asmodi, Ilse Aichinger, Wolfgang Hildesheimer, Heinrich Böll, Marie Luise Kaschnitz, Günter Grass, Wolfgang Weyrauch, Günter Eich, Walter Jens und Eva Müthel den beiden jungen Leuten antworteten, das kann man nun in dieser Broschüre nachlesen. Und man *sollte* es lesen; denn es ist ein instruktiver Beitrag zum höchst aktuellen Thema „Demokratie und Denunziation“, das *Friedrich Heer* im Januar 1961 in dieser Zeitschrift so eindringlich behandelt hat. *W. F.*

#### ACHIM VON LOESCH ZUR PROBLEMATIK DES MITEIGENTUMS

Die Pläne zur Eigentumsbildung der Arbeitnehmer aus der Selbstfinanzierungsrate der Industrie (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 57). Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1961. 102 S., brosch. 11,60 DM.

Ein spezifischer Bestandteil des Kapitalismus ist die Institution des Privateigentums an Produktionsmitteln. Die „Unantastbarkeit des Privateigentums“ (an Produktionsmitteln) gilt als unabdingbares Prinzip des Kapitalismus. Das Privateigentum kann als der Impulsgeber, als das Herz dieses wirtschaftlichen Organismus angesehen werden. Von hier aus werden die Bedingungen gesetzt, unter denen sich die Einkommenströme kanalisieren, damit zugleich wird die Verteilung der Vermögen und der wirtschaftlichen Macht bestimmt.

Wir sind Zeuge davon geworden, wie — ohne daß Maßnahmen des „sozialen Ausgleichs“ dagegen haben wesentliches ausrichten können — unter der Herrschaft des Privateigentumsprinzips neuerdings wieder eine enorme Konzentration von Vermögen und ökonomischer Macht stattfand. Die aus der riesigen Investitions- und Reproduktionskraft der modernen Industriegesellschaft erwachsenen Vermögensansprüche haben sich zu Großvermögen und wirtschaftlichen Machtzentren

akkumuliert. Mehr und mehr hat dabei die politische Demokratie Atemnot bekommen.

Dem wollten die alten Sozialisten durch „Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln“ beikommen. Als politische Forderung ist dieser Programmpunkt längst tot (doch hat er als politisches Schreckmittel für alle Bürger mit und ohne Eigentum offenbar ewiges Leben). Schon seit *Pareto* steht die Frage, ob nicht überhaupt die Einkommens-, Vermögens- und Machtverteilung außerökonomisch oder vorökonomisch determiniert ist. Doch so grundsätzlich fragt der neuere Revisionismus nicht. Ihm geht es darum, angesichts des bedenklichen, ja quälenden Faktums der Vermögens- und Machtkonzentration irgendwie zu einer Lösung oder wenigstens zu einer Entschärfung des Einkommens-, Vermögens- und Machtproblems zu kommen.

Diese revisionistische Auffassung reicht heute, wenn man sie politisch lokalisieren will, von den „rechten“ Sozialdemokraten bis weit in die Mitte der CDU und in Unternehmerkreise hinein. Von hier ist eine intensive, jetzt schon ein Jahrzehnt währende Diskussion um die Eigentumsfrage ausgegangen. Vor allem *O. v. Nell-Breuning* und *K. Hinkel* haben diese Diskussion auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen sich bemüht. Die Eigentumsfrage ist mit den bedeutendsten nationalökonomischen Problemen verknüpft und trägt kaum andere als wissenschaftliche Behandlung; sie muß im volkswirtschaftlichen Zusammenhang gesehen werden, insbesondere wenn man Pläne zur Umverteilung der Vermögen verfolgt. Aus Einzelteilen der nationalökonomischen Theorie haben manche konjunkturbewußten Eigentumpolitiker soziale Luftschlösser zusammengefügt und wohlfeil angeboten, und manch einer, der es sicher gut meint, ist dabei in die Gesellschaft derer geraten, die die bestehende Eigentumsverteilung weder in der Theorie noch in der Praxis geändert wissen wollen, jedoch neuerdings dafür sind, den Arbeitnehmern mit Volksaktien und Miteigentum einen wirtschaftspolitischen Dauerlutscher in den Mund zu stecken.

Was in der Bundesrepublik im letzten Jahrzehnt zum Eigentumsproblem gesagt worden ist, bedurfte notwendig der Sichtung, der Entwirrung und Wertung und der Zusammenfassung in einer Bestandsaufnahme. Dieser seit längerem anstehenden Aufgabe hat sich verdienstvollerweise *Dr. A. v. Loesch* unterzogen. In sauberer gedanklicher und begrifflicher Gliederung hat er die wesentlichen Vorschläge und Darstellungen zum Problem des „Miteigentums“, des „Investitionslohnes“, der „Gewinnbeteiligung“, oder in welcher Form immer sich der gleiche Gedanke darbot, beschrieben und die Problematik dieser Vorschläge herausgeschält.

Die Bedeutung der Arbeit *v. Loesch*s liegt vor allem darin, daß er das Eigentumsproblem

in seiner komplexen Natur und in seiner Verschachtelung mit Fragen des Wirtschaftswachstums, der Einkommensbildung und -Verteilung, der Investition und der Konsumtion behandelt. Auch die starke Berührung mit essentiellen gewerkschaftspolitischen Fragen macht *v. Loesch* immer wieder deutlich. Ausführlich setzt sich *v. Loesch* — vorwiegend dadurch, daß er die Eigentumpolitiker selbst zu Worte kommen läßt — mit den Vorschlägen *v. Nell-Breunings* auseinander, die er als die theoretisch fortgeschrittensten bezeichnet.

Obwohl *v. Loesch* von der Theorie her argumentiert, verliert er sich nicht im Theoretisieren. Er führt das Problem immer wieder in die Wirklichkeit und an die Nahtstelle von Politik und Wirtschaft zurück, wo es entstanden ist. So bleibt die Lektüre der gedrängten Darstellung immer interessant und sie ist von Nutzen. Sie führt z.B. unmittelbar zu der Erkenntnis, daß das Verteilen von buntbedruckten „Anteilscheinen“ (Zertifikaten) an Arbeitnehmer *ceteris paribus* gesamtwirtschaftlich irrelevant ist, sosehr die erste Überlegung und der äußere Eindruck dem zu widersprechen scheinen. (Die parallele Erkenntnis, daß man durch Verteilen von buntbedruckten Geldscheinen nicht Wohlstand erzeugen kann, ist glücklicherweise inzwischen Allgemeingut.) *v. Loesch*s Arbeit führt immer wieder an solche nützlichen und notwendigen praktischen Einsichten heran und zeigt deutlich, inwieweit Eigentumpolitik effektive Bedeutung haben oder nur wirtschaftspolitisches Surrogat bleiben kann.

*Dr. Ulrich Teichmann*

#### WERNER PÖLS

#### SOZIALISTENFRAGE UND REVOLUTIONSFURCHT IN IHREM ZUSAMMENHANG MIT DEN ANGEBLICHEN STAATSTREICHPLÄNEN BISMARCKS

Historische Studien, Heft 377. Matthiesen Verlag, Lübeck und Hamburg 1960. 104 S., brosch. 9,80 DM.

Gefährdungen der politischen Ordnung, die in tiefgreifenden sozialen Spannungen ihre Ursachen haben, lassen sich mit Verbotsgesetzen nicht bekämpfen. Das klassische Beispiel der deutschen Geschichte für diese Erkenntnis ist das Sozialistengesetz. Da auch heute wieder von Regierungsseite daran gedacht wird, möglicher „innerpolitischer Notstände“ mit Hilfe eines Gesetzes Herr zu werden, erhält eine Darstellung wie die von *Werner Pöls* besondere Aktualität. Zwar wiederholt sich Geschichte nicht, und es ist nicht zugänglich, aus vordergründigen Analogien vorschnelle Schlüsse zu ziehen, doch ist nicht zu leugnen, daß die Beschäftigung mit der Geschichte Einsichten vermitteln kann, nach denen zu handeln aktuelle Politik sich nicht scheuen sollte.

Zu solchen Einsichten ist sicher die zu zählen, daß es keine Lösung sozialer Krisen-

Situationen gibt, die darin besteht, der sozialen Krise den politischen Ausdruck zu verwehren, dadurch, daß staatliche Macht als Repressionsgewalt eingesetzt wird. Erst die Beseitigung der gesellschaftlichen Ursachen kann solche Krisen verhindern. Da solches aber in der Regel nur auf Kosten von Privilegien, ja, im Grunde auf Dauer nur als Anpassung der gesellschaftlichen und damit auch politischen Strukturen an die Erfordernisse einer neuen sozialen Situation geschehen kann, sind die davon Betroffenen auf Grund ihrer — historisch betrachtet — kurzfristigen Interessen meist nicht bereit, sich freiwillig einem solchen Wandel ihrer bisherigen Position zu unterwerfen.

Belgien und Frankreich haben erst in jüngster Zeit bewiesen, daß auch parlamentarische Demokratien keineswegs gegen innenpolitische Erschütterungen gefeit sind. Dabei hat sich auch gezeigt, daß insbesondere die Gewerkschaften, die im Gegensatz zu den meisten sozialdemokratischen Parteien nicht im gleichen Maße zu wohlinstallierten Bestandteilen der jeweiligen politischen und damit sozialen Ordnung geworden sind, eine wichtige Rolle in diesen Auseinandersetzungen spielen. Es sind daher auch mit Recht die Gewerkschaften, die sich am heftigsten gegen eine Notstandsgesetzgebung wehren.

Der Reiz der vorliegenden Arbeit von Werner Pöls liegt darin, daß in ihr die Bismarcksche Politik nicht in ihren Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung untersucht wird. Vielmehr fragt Pöls umgekehrt nach der Bedeutung, die die Sozialistenfrage und die Revolutionsfurcht für die Politik Bismarcks gehabt haben. Er läßt uns also einmal die Arbeiterfrage vom Standpunkt des verantwortlichen konservativen Staatsmannes sehen, der in dem zum Selbstbewußtsein erwachenden Proletariat die Hauptgefahr für sein Lebenswerk, den neuen deutschen Staat, sehen mußte. Pöls geht es darum, festzustellen, ob die von dem national-liberalen, dann freisinnigen Abgeordneten *Ludwig Bamberger* aufgestellte These, daß *Bismarck* kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt einen fertigen Plan gehabt habe, notfalls mit Gewalt die Reichsverfassung zu ändern, um den Reichstag auszuschalten und seine eigene Stellung zu festigen, richtig ist. Er diskutiert dabei insbesondere die Spezialarbeiten von *Hans Delbrück* und *Egmont Zechlin* sowie die Bismarck-Biographien von *A. O. Meyer* und *Erich Eyck*. Erst bei *Walter Bussmann* sieht Pöls einen wirklichen Fortschritt in der wissenschaftlichen Erörterung, da bei diesem nicht mehr „der persönliche Wille zur Macht“, sondern „die Sorge um das Reich und seinen Bestand“ zum Kriterium für das Verständnis der Bismarckschen Politik gemacht wird.

Der Bestand der Reichsgründung schien Bismarck nun aber vor allem von der jungen Sozialdemokratie gefährdet zu werden. Seit

der Rede *Bebeis* am 25. Mai 1871 im Reichstag, in der dieser sich zum Kampf der Pariser Kommunarden als „kleinem Vorpostengefecht“ bekannte und voraussagte, „daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang, der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats sein wird“, einer Rede, der die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in der Frage der Kriegskredite vorausgegangen war, stand für Bismarck — und nicht nur für ihn — die „Unzuverlässigkeit“ und revolutionäre Gefährlichkeit der Sozialdemokratie fest. Aus dieser Zeit gibt es Unterlagen, die zeigen, daß Bismarck bereits damals eine Ausnahmegesetzgebung ins Auge faßte, wie sie später im Sozialistengesetz 1878 Wirklichkeit wurde.

Auf drei verschiedenen Wegen hat Bismarck seinen Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt, einmal durch Einsatz der staatlichen Gewalt, vor allem also mit Hilfe des Sozialistengesetzes; zum zweiten durch positive, also sozialpolitische Maßnahmen; zum dritten auf dem Gebiet der Außenpolitik durch den Anschluß an die Mächte, die ebenso wie das Deutsche Reich bestrebt sein mußten, alle Ansätze nationaler oder sozialer Revolution zu bekämpfen: das habsburgische Österreich und das zaristische Rußland. *Hans Rothfels* hat es so formuliert: „Ebenso ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie Teil der sozial-konservativen, auf monarchistische Solidarität gerichteten Diplomatie, der auch andere Maßnahmen innen und außen dienten ... Insofern war das Sozialistengesetz gewissermaßen ein Korrelat des Rückversicherungsvertrages.“

Während der positiven Politik gegenüber der Sozialdemokratie, der Sozialpolitik, im Bismarckschen Konzept enge Grenzen gesetzt waren, verstärkte sich die Bedeutung des Sozialistengesetzes. In ihm kam der Wille zum Ausdruck, das Reich und die ihm zugrunde liegende soziale Ordnung mit allen Mitteln zu verteidigen. Eine solche Politik war nur möglich, wenn sie prinzipiell von allen anderen politischen Parteien mitgetragen wurde. Es ist interessant, sich in der Arbeit von Pöls zu vergewissern, daß *alle* bürgerlichen Parteien einig waren in der Überzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Uneinigkeit bestand lediglich in bezug auf die Form. Aber auch hier war es nur der Freisinn, der konsequent die Ausnahmegesetzgebung abgelehnt hat. Dagegen haben z. B. die Stimmen eines sehr beachtlichen Teiles der Zentrums-Fraktion — obwohl gerade die Zentrumspartei im Kulturkampf staatliche Unterdrückungsmaßnahmen gespürt hatte — das Sozialistengesetz 1884 und 1886 bei der jeweiligen Erneuerung vor der Ablehnung gerettet.

Allerdings blieb die Sozialistengesetzgebung in ganzen nicht nur wirkungslos, sondern führte im Gegenteil zur inneren Festigung der Partei. Auch die Anhängerschaft der Sozialdemokratie unter den Wählern wuchs von Wahl zu Wahl. So zielte Bismarcks Streben ständig darauf hin, die gesetzlichen Bestimmungen zu verschärfen und das Gesetz, das jeweils nur eine zweijährige Laufzeit hatte, zu einem Dauergesetz zu machen. Als im Januar 1890 der neue verschärfte Gesetzesentwurf von Bismarck selbst durch bewußte Unnachgiebigkeit zu Fall gebracht wurde und in den Neuwahlen im Februar die Parteien, die die Bismarck-Politik gestützt hatten, eine schwere Niederlage hinnehmen mußten, war die Frage tatsächlich die, was Bismarck nun noch an Möglichkeiten und Mitteln in seinem Kampf gegen die Sozialdemokratie übrigblieb. Wie Pöls wohl überzeugend nachweist, wäre es voreilig, aus dieser Situation und gelegentlichen Aussagen Bismarcks zu schließen, daß er bereits im März einen festen Staatsstreichplan gehabt habe. Vielmehr war der Staatsstreich nur eine, und zwar die letzte unter mehreren Möglichkeiten, die ihm zur Verfügung standen.

Pöls sagt selbst zur Auseinandersetzung zwischen Bismarck und der Sozialdemokratie: „Auf Vernichtung aber drängte der Kampf, nicht auf das Eindämmen dieser Bewegung . . . maßgeblich waren für Bismarck nur das Bedürfnis und die Zielsetzung seiner praktischen Politik. Deren Verhältnis zur Rechtsidee war ihm weder eine Frage der Ethik noch eine der Wahrheit, sondern ausschließlich eine der Zweckmäßigkeit, Staatsräson im Sinne des von ihm vertretenen Staates.“

Eine kritische Anmerkung — auf andere sei verzichtet — soll zum Schluß noch gemacht werden. Pöls übernimmt die u. a. von *Gerhard Ritter* (Berlin) vertretene These, daß Bismarck „durch das Ausnahmegesetz der Sozialdemokratie die radikale Spitze genommen“ habe. Diese Behauptung scheint zumindest in dieser Einseitigkeit nicht aufrechtzuerhalten. In allen entwickelten Industrieländern hat sich in den sozialistischen Parteien der reformistische Flügel durchgesetzt, ohne daß es dort Sozialistengesetze gegeben hätte. Gerade die deutsche Partei hatte aber einen verhältnismäßig starken radikalen Flügel. Das Sozialistengesetz hat im Gegenteil — wie auch Gerhard Ritter feststellen muß — die Sozialdemokratie in ihrer Ablehnung des wilhelminischen Staates bestärkt und den lassalleianischen Einfluß einer positiven Einstellung zum Staat zurückgedrängt. Es scheint also andere in der gesellschaftlichen Entwicklung liegende Gründe zu geben, die u. a. auch ihren Ausdruck im Erstarken der Gewerkschaften fanden, die mäßigend auf die ursprünglich revolutionäre Sozialdemokratie eingewirkt haben.

Hervorzuheben ist die umfangreiche und nützliche Bibliographie, die diese vorzüglich geschriebene und nachdenklich stimmende Studie von Werner Pöls vervollständigt.

Hartmut Zimmermann

#### LEO HERBERT HALLER DIE BUNDESEINHEITLICHEN AUSBILDUNGSBEIHELFFEN IN RECHT UND PRAXIS

Lambertus-Verlag, Freiburg i. Br. 1960. 105 S., brosch.  
5,50 DM.

Der Bundestag hat vor zwei Jahren die Bundesregierung beauftragt, ein Berufsausbildungsbeihilfengesetz zu entwerfen, „das Anspruch und Leistung regelt und eine Vereinheitlichung des bisherigen Leistungsrechts bringt“. Der 3. Bundestag hat den Entwurf nicht mehr verabschieden können; wie die Aussichten im nächsten Bundestag sein werden, läßt sich nicht voraussagen.

Um so verdienstvoller ist diese Veröffentlichung, durch die die bestehenden Bestimmungen über das Berufsausbildungsbeihilfenesen — etwa 22 an der Zahl — in einer vergleichenden Darstellung zusammengefaßt sind. Die zwölf bundeseinheitlichen Regelungen sind in kurzen Abhandlungen für den Praktiker übersichtlich dargestellt. In die Fülle, die sowohl den mit Jugendfragen befaßten Sachbearbeiter, Jugendleiter usw. wie die Jugendlichen selbst, die eine Ausbildungsbeihilfe begehren, verwirren können, wird durch eine Synopse insofern etwas mehr Klarheit gebracht, als sich drei bis vier Grundtypen von Ausbildungsbeihilfen ergeben, die in den einzelnen Gesetzen und Verordnungen in jeweils abgewandelter Form wiederkehren. Die kleine Schrift zeigt durch diese Vereinfachung auch die Wege, die für ein Bundesausbildungsbeihilfengesetz am zweckmäßigsten zu beschreiten wären. A. Z.

#### WALT W. ROSTOW STADIEN WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS

Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie.  
Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1960.  
214 S., kart. 11,80 DM.

Der Verfasser ist Professor am Massachusetts Institute of Technology und maßgeblichster wirtschaftspolitischer Berater von Präsident *Kennedy*. Das allein mag schon bei vielen Interessierten den Wunsch erwecken, eine Arbeit Rostows kennenzulernen. Was aber das vorliegende Buch vor allem leistungswert macht, ist die in ihm vorgetragene originelle und sehr anregende Analyse des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses, wobei

der Verfasser die gesamte gesellschaftliche Entwicklung — der allgemeinen Politik, sozialen Strukturen, kulturellen Bedingungen, gesellschaftlichen Wert- und Rangordnungen — mit einbezieht. Rostow gliedert die Entwicklung, die alle Volkswirtschaften in großen Zügen gleichermaßen durchlaufen, in Wachstumsstadien. Diese Art, den Geschichtsablauf zu betrachten, erinnert an die historische Schule der deutschen Nationalökonomie sowie an *Karl Marx*, und der Verfasser selbst bezeichnet auch seine Darstellung als „eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie“. Dabei vergißt er nicht, eindeutig auf die Grenzen seiner Betrachtungsweise hinzuweisen.

Rostow unterscheidet fünf Wachstumsstadien, und nach seiner Ansicht ist es möglich, die wirtschaftliche Lage jeder Gesellschaft mit einer dieser Stufen zu charakterisieren. Er geht aus von der „traditionellen Gesellschaft“, in der die Bevölkerung noch weit überwiegend von der Landwirtschaft lebt und die wir in Europa z. B. im Mittelalter vorfinden. Das wirtschaftliche Wachstum im eigentlichen Sinne beginnt mit der zweiten Stufe, einer Übergangszeit, in der die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg, für eine dynamische Produktion, geschaffen werden, insbesondere durch Hinwendung zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und deren wirtschaftliche Nutzenanwendung. Das dritte Stadium ist die Aufstiegsperiode, der Zeitraum, in dem die auf wirtschaftlichen Fortschritt drängenden Kräfte, die bis dahin Randerscheinungen waren, sich ausweiten und die Gesellschaft zu beherrschen beginnen. „Wachstum wird die normale Bedingung“ und „ein Bestandteil der gesellschaftlichen Gewohnheiten und der institutionellen Struktur“. Es folgt die Entwicklung zur Reife, „ein langer Zeitraum stetigen, wenn auch fluktuierenden Wachstums“. Etwa 40 Jahre später und etwa 60 Jahre nach dem Beginn der Aufstiegsperiode ist der Reifezustand erreicht. England erlangte ihn zuerst, und zwar schon vor hundert Jahren, während Frankreich, Deutschland und die USA vor rund fünfzig Jahren „wirtschaftlich reif“ wurden. Die Sowjetunion ist erst gegenwärtig im Zustand der Reife. Inzwischen befinden sich die USA, die nord- und westeuropäischen Industriestaaten, Kanada, Australien und neuerdings auch Japan im fünften Stadium, dem Zeitalter des Massenkonsums: Produktionskraft und Durchschnittseinkommen sind so angestiegen, daß sie über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinaus auch noch einen Massenverbrauch an dauerhaften Konsumgütern (Autos, Fernseh- und Haushaltsgeräte u. ä.) und eine starke Nachfrage nach Dienstleistungen (z. B. Reisen) erlauben. Die betreffenden Wirtschaftszweige übernehmen eine führende Rolle in der Volkswirtschaft. Hinzu kommt als Kenn-

zeichen dieser Periode die Tendenz zum Wohlfahrtsstaat. Abgesehen von letzterem, steht die Sowjetunion noch vor dieser Periode, die von ihren Führern die Lösung schwieriger Anpassungsprobleme verlangen wird. Demgegenüber verlassen die USA bereits wieder diese Phase, in der sie sich seit 40 Jahren befunden haben; wohin der Weg führen wird, läßt sich indessen noch nicht eindeutig erkennen.

Nachdem Rostow die einzelnen Wachstumsstadien beschrieben hat, vergleicht er das Wachstum der nordamerikanischen und der sowjetischen Wirtschaft und behandelt das Verhältnis zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Krieg sowie die gegenwärtigen Probleme des Friedens. Das letzte Kapitel enthält schließlich einen Vergleich seiner Theorie mit der marxistischen Entwicklungstheorie. Rostow meint dazu, daß seine „Wachstumsstadienanalyse Schritt für Schritt versucht, die Probleme, um die Marx rang, zu lösen und dabei das zu vermeiden, was Marx' Grundirrtümer zu sein scheinen“. Den bedeutendsten Unterschied sieht er in der Einschätzung der menschlichen Beweggründe zum Handeln. Sie seien viel differenzierter, als sie Marx gesehen habe. *Günter Pehl*

DR. HORST JÜRGEN HELLE  
DIE UNSTETIG BESCHÄFTIGTEN  
ARBEITER IN DEN  
NORDWESTEUROPÄISCHEN HÄFEN

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1960. 100 S., kart. 15,60 DM.

Der Verfasser, der die Hafendarbeit aus eigener Anschauung als Werkstudent kennengelernt hat, hat sich die Aufgabe gestellt, die Arbeitsbedingungen für unstetig beschäftigte Hafendarbeiter in den Häfen Antwerpen, Rotterdam, Bremen, Bremerhaven und Hamburg zu untersuchen. Er kommt dabei nach eigenen Beobachtungen und Erfahrungen, nach Befragungen und nach der Auswertung statistischer Daten zu dem Ergebnis, daß die gesamte Organisation dieser sehr speziellen Arbeit in den einzelnen Häfen recht unterschiedlich ist und daß der Organisationseffekt in dem Maße absinkt, wie die Entpersönlichung der Arbeitsumwelt zunimmt. Dabei rangieren die drei deutschen Häfen erheblich hinter den ausländischen, deren Organisationsindex allerdings auch keinen Pluswert erreicht. Die Minuszahlen der deutschen Häfen sind aber blamabel und alarmierend genug. Deshalb sollte sich auch die zuständige Gewerkschaft um die geschilderten Mißstände kümmern und sich bemühen, dieser Berufsgruppe „vorindustrieller Tagelöhner“ soviel wie möglich zu helfen. *Hermann Lücke*